

**Europa im hybriden Krieg für einen emanzipierten Imperialismus (GS 4-25)**

Der Artikel beginnt mit der „Koalition der Willigen“, bestehend aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland und weiteren Partner-Staaten. Es geht ihnen dabei darum, den Ukraine-Krieg gegen Russland fortzusetzen, im Prinzip in der bisherigen Form: Die Ukraine führt diesen Krieg als Stellvertreter des Westens auf dem Schlachtfeld und die Koalition organisiert die dafür nötige Unterstützung, also Geld und Waffen. Im Artikel werden Zitate der drei entschiedensten Vorreiter-„Willigen“ vorangestellt, bei denen einige Auskünfte über den Grund und Zweck dieser Koalition, auch über den Ukraine-Krieg hinaus, zu erfahren sind. Der Artikel kommentiert die Zitate zunächst nicht, sondern nimmt im Verlauf seiner Darstellung an den passenden Stellen Bezug darauf. Die erste These unter 1a) ordnet die „Koalition der Willigen“ als eine Antwort auf Trump ein.

— *Während die USA unter Trump Russland den Status einer mitzuständigen Regionalmacht in Europa zugestehen, steht Europa auf dem entgegengesetzten Standpunkt der unbedingten Schwächung Russlands, das auf keinen Fall eine bestimmende Macht in Europa sein darf. Insofern ist diese „Koalition der Willigen“ die Antwort auf Trumps Absage an den Ukraine-Krieg. Sie nimmt sich nun vor, einen Frieden durch Stärke in Europa zu etablieren. Das wirft die Frage auf, wie Europa einen Ersatz für das frühere Gewaltmonopol der NATO gegen Russland aufstellen kann.*

Wobei dieses Vorhaben, ‚Frieden durch Stärke‘ in Europa zu etablieren, schon über den unmittelbaren Krieg in der Ukraine hinaus geht. Auch die Absage Trumps ist etwas genereller zu fassen, als dass er den Ukraine-Krieg beendet haben will. Insgesamt geht es dabei um das Verhältnis der USA zur NATO und zu Europa. Trump erteilt eine doppelte Absage: Die USA distanzieren sich nicht nur vom Krieg in der Ukraine und wollen diesen beenden. Sie sehen darin und in Russland auch keine Herausforderung mehr für die NATO und damit für die USA. Insofern kündigen sie die gemeinschaftliche Bekämpfung Russlands in der Ukraine als NATO-Aktion auf, als Krieg der Militärorganisation, die in Europa die bisherigen Ordnungsprinzipien gegen Russland durchsetzt. *Darauf ist die „Koalition der Willigen“ die Antwort. Worin besteht die Antwort?*

— *In der NATO haben die USA als die überragende Führungsmacht die Stoßrichtung vorgegeben, was die Gewährung der Sicherheitsgarantien für die „willigen“ Europäer einschloss. Nun ziehen sie sich aus dieser NATO-Führerschaft zurück.*

Die in der „Koalition der Willigen“ versammelten Staaten beziehen sich insofern auf die Kündigung seitens der USA, als sie sich als *ihre* Sache vornehmen, was bisher die NATO für den Stellvertreterkrieg in der Ukraine und überhaupt für die sogenannte Friedensordnung in Europa geleistet hat. Dafür wollen sie einen *Ersatz* schaffen.

— *Wenn man sich das Zitat von Macron auf S. 3 ansieht, könnte man meinen, Europa hätte auf die Konfrontation durch die Absage Trumps an die NATO und an die bisherige Rolle der USA in dem Krieg als Gelegenheit gewartet, um sich aus der demütigenden Stellung der unrühmlichen Vasallenschaft zu befreien, um endlich eine selbstständige Militärmacht zu werden.*

Dem Zitat kann man vor allem das imperialistische Anspruchsniveau Europas entnehmen.

— *Im Prinzip hat Europa nichts Neues vor, es läuft jetzt nur unter einem anderen Titel, in einer anderen weltpolitischen Ausgangslage. Die Bestrebungen Militärmacht zu werden, gab es ja schon, sie sind nur früher an den nationalen Egoismen gescheitert. Kein Mitgliedsstaat wollte seine Souveränität in militärischen Dingen wirklich an Europa übertragen. Die Diskussion über ein Emanzipationsprojekt gegenüber den USA läuft schon lange, hat jetzt nur einen neuen Stachel bekommen und wird jetzt von den Vorreitern der „Koalition der Willigen“ gefordert.*

— *Auf S. 4 wird ausgeführt, dass es eine „programmierte Abwicklung“ der NATO schon bei Trump I gab, die unter Trump II jetzt auch die Absage an den Ukraine-Krieg beinhaltet.*

Darauf antwortet Europa mit der „Koalition der Willigen“; die soll einen Ersatz leisten für das, was die NATO als dieses Kriegsbündnis unter dem Gewaltmonopol der USA für Europa bezüglich der europäischen Friedensordnung und der Rolle Europas weltweit geleistet hat.  
55 Das ist etwas anderes als ein weiterer Stachel für ein bereits angedachtes Vorhaben.

Gerade die Schutzmacht USA hat es den Europäern als NATO-Mitgliedern ermöglicht, weltweit als imperialistische Mächte aufzutreten. Auf dieser Grundlage haben die Europäer schon immer den Anspruch erhoben, sich darüber hinaus als eigenständige militärische Macht zu ertüchtigen. Der Ausgangspunkt der „Koalition der Willigen“ ist eine Antwort darauf, dass ihnen diese machtvollste Grundlage ihres Auftretens in der Welt und vor allem in Europa durch Trump *entzogen* wurde. Es ist also keine schon immer in Angriff genommene und jetzt angestachelte militärische Ertüchtigung auf Grundlage einer Mitgliedschaft in der NATO unter dem Schutz der Führungsmacht Amerika. Diese „Koalition der Willigen“ reagiert gerade darauf, dass die Europäer *ohne* eine garantierte Schutzfunktion der USA nicht mehr über die militärische Potenz in Europa verfügen, mit der sie auch die Ukraine in einem Krieg gegen Russland so wie bisher unterstützen könnten.  
60  
65

Die bisherigen Emanzipationsbestrebungen Europas waren auch nie eine Erklärung gegen die Mitgliedschaft in der NATO. Gerade unter *Inanspruchnahme* der Mitgliedschaft dieses potenten Militärbündnisses wollte man sich eine andere militärische Statur verschaffen. In einer Hinsicht ist das immer noch so: Angesichts der Kündigung Trumps in Hinsicht auf den Ukraine-Krieg und die NATO brauchen die Europäer auch heute die weitere Fortexistenz der NATO und damit die atomaren Potenzen der USA, die für das Auftreten Europas in der Welt immer die Absicherung bedeutet haben.  
70

— Das Zitat von Macron (S. 3,4) zeigt, wie anders Europa Russland in den Blick nimmt, weil Trump die Konstruktion der Verteidigungsgemeinschaft kündigt. Das Neue ist, dass Europa als verbleibender Unterstützer der Ukraine die Russische Föderation als unmittelbare Bedrohung auf sich bezieht. Sie stellen den Ukraine-Krieg in einen Zusammenhang mit einer Bedrohung des eigenen Territoriums und definieren sich selbst als Gegner Russlands, nicht mehr nur als ein Ausrüster der Ukraine, der als solcher nicht in Betracht zieht, dass Russland ihn deshalb seinerseits ins Visier nehmen könnte. Insofern ist das eine neue Stellung zu Russland.  
75  
80

Europa sieht sich jetzt jedenfalls herausgefordert, das zu tun, wozu bisher maßgeblich die USA beigetragen haben, nämlich die europäische Friedensordnung aus eigener Kraft sicherzustellen und Russland die Fähigkeit zu nehmen, diese anzugreifen. Der Standpunkt, Russland nicht als eine in Europa bestimmende Macht gelten zu lassen, war von Anfang an der Zweck, den die Europäer mit diesem Krieg verfolgt haben, und daran halten sie fest, auch wenn die USA nicht mehr mitmachen. Damit sind sie dann aber auch neu auf sich gestellt.  
85

— In ihrer Feindschaft gegen Russland haben sie ja auch von Anfang an behauptet, dass der russische Überfall auf die Ukraine nur der Beginn eines russischen Ausgreifens auf europäisches Territorium ist, z.B. auf das Baltikum.  
90

— Das alles sind heute die Titel dafür, die Dringlichkeit der europäischen Sicherheitsstrategie für alle Mitgliedsstaaten deutlich zu machen.

Umso mehr, wenn Europa jetzt dabei auf sich gestellt ist, Russland abzuschrecken und gegen Russland kriegsfähig zu sein. Denn dazu ist ein der NATO vergleichbares Bündnis unabdingbar. Eines, das einem aktionsfähigen Kriegsbündnis dieselbe Festigkeit verleiht wie die NATO, in der allerdings die USA als überlegene Macht mit ihrem Kommando den einheitlichen Willen gestiftet hat, so dass alle NATO-Mitglieder mitgemacht haben. So etwas braucht auch die „Koalition der Willigen.“ Das ist zugleich der Haken dieses Projektes. Die „Koalition der Willigen“ ist nicht einfach die NATO minus USA. Woran arbeiten die Mitglieder dieser Koalition sich ab? Was ist von ihrem Standpunkt aus verlangt und woran droht es zu scheitern?  
95  
100

— Es gibt für die Europäer den gemeinsamen Feind Russland. Jetzt ist die NATO-Führungsmacht USA dabei, diese Feindschaft zumindest zu relativieren. Die gemeinsame Feind-

105 schaft ist also aufgekündigt. In Europa gibt es keine Führungsmacht, die den anderen die Bedingungen aufzwingen kann, wie das die USA im Kalten Krieg gekonnt haben, die sie also zur Unterordnung unter eine solche Koalition nötigt. Das sind die beiden Haken an der Sache, abgesehen davon, dass sie keine Alternative zur NATO unter Führung der USA sehen und deshalb auch an ihr festhalten.

110 — Die Briten, Franzosen und Deutschen könnten in ihrer gemeinsamen Feindschaft ja beschließen, dass sie ein solches Bündnis eingehen. Das wollen sie aber als dieses große Gebilde mit der ganzne EU hinkriegen. Dabei fehlt es aus Sicht eines EU-Imperialismus an der bestimmenden Kraft, die die Eindeutigkeit der Lagebestimmung bei den EU-Mitgliedsstaaten gegen diese durchsetzt.

115 — Das hat diese beiden Seiten: Zum einen fehlt die Eindeutigkeit der Lagebestimmung, es gibt unterschiedliche Stellungen zum Umgang mit Russland, zum anderen ist kein gemeinsames Kommando vorhanden. Es passt nicht zu Europa, dass die einzelnen Staaten ihre Souveränität an eine „Koalition der Willigen“ abgeben, die über das strategische und militärische Vorgehen bestimmt, und der sich dann alle unterzuordnen haben.

120 — Der Begriff Bündnis drückt einen gemeinsamen Zweck aus: Sie wollen alle dasselbe, insofern könnte man fragen: Wo soll das Problem sein? Der Haken ist: Es widerspricht der Souveränität von Staaten, eine „Koalition der Willigen“ aus einem gemeinsamen Zweck heraus zu bilden. Ein solches Bündnis bräuchte zur Verfolgung des gemeinsamen Zwecks einen Primus inter pares, einen Ersten unter Gleichen, der dekretiert, wer der gemeinsame Feind ist und welche Rolle die einzelnen Staaten und ihr jeweiliges Territorium in der gemeinschaftlichen Strategie spielen. In der EU fehlt das, was die Gemeinsamkeit des Willens stiftet.

130 Der Haken liegt nicht daran, dass sich die Mitgliedsstaaten der EU nicht weitgehend darin einig wären, wer ihr Feind ist. Die „Koalition der Willigen“ kann sich darauf berufen, dass die maßgeblichen europäischen Staaten die Notwendigkeit, sich gegen Russland aufzustellen, – zumindest weitgehend – teilen. Das Entscheidende ist, dass diese Gegnerschaft gegen Russland so definiert wird, dass Europa in der Lage sein muss, Russland in einem veritablen Krieg niederzuringen. Erst dadurch stellt sich die Frage, wie so ein Krieg unter einer dann benötigten einheitlichen Führung überhaupt zu bewerkstelligen ist, angesichts dessen, dass eine eindeutige Klarstellung fehlt, wer diese Führung inne hat.

135 — Sie führen als Waffenbrüder alle ihren Souveränitätsvorbehalt ins Feld, in den Details sind sie sich nicht durchgängig einig. An diesem Widerspruch arbeiten sie herum. In manchen Themen nähern sie sich auch an, z.B. in den Überlegungen zu einem „militärischen Schengen-Abkommen“, in anderen Bereichen eben nicht.

140 — Es liegt nicht nur abstrakt daran, dass es Souveräne sind, die sich von Natur aus nicht gern zusammentun. Sie haben gemeinsam den Plan, Russland so klein zu machen, dass es nicht mehr zur Störung der europäischen Ordnung fähig ist. Im Ost-West-Konflikt hat Amerika dekretiert und Europa, speziell Deutschland, hatte eine wichtige Rolle als Frontstaat, auf dessen Boden gegebenenfalls dieser Krieg ausgetragen worden wäre. Das ist eine Entscheidung, die von einem Souverän nicht nur abstrakt schwer zu verdauen ist, sondern das heißt konkret für das Land und seine Bevölkerung eine Menge. Insofern muss ein Land, das diese bestimmte Rolle in dem dekretierten oder gemeinsam beschlossenen Krieg spielen soll, darin seinen eigenen Nutzen sehen, wie die BRD damals, die hoffte, auf diese Weise die Wiedervereinigung durchsetzen zu können. Zusätzlich ist für die Europäer eine große Frage, was es für dieses Bündnis heißt, dass die einen Atomwaffen haben und die anderen nicht.

150 Sollen die Staaten mit Atomwaffen den anderen irgendwas anschaffen können oder sollen auch die anderen im Bündnis darüber verfügen können? Solche Fragen laufen letzten Endes wieder auf eine Hierarchie unter den Verbündeten hinaus.

Das Prinzip davon ist: Die EU-Staaten praktizieren dieses Projekt als Konkurrenz untereinander und da gibt es verschiedene Verlaufsformen, die alle dafür sorgen, dass nicht einfach ein einheitlicher Wille zustande kommt, der dann umgesetzt wird. Es gibt aber diesen ge-

meinsamen Willen, Russlands Ambitionen zu bestreiten und es fertigzumachen, insofern ist bei dessen Durchführung der Umstand, dass es konkurrierende Nationen sind, zwar das eine, aber wie wird daraus der wesentliche Haken an dem Projekt?

— *Dass es noch keine solche Gemeinschaft ist, liegt doch daran, dass es konkurrierende Nationalstaaten sind, bei denen es nicht einfach um eine Art Arbeitsteilung geht, sondern feinsinnig austariert wird, wer mit welchem Beitrag welche Stellung in diesem Projekt einnimmt.*

In Europa ist die Feindschaft gegen Russland ein durchgesetzter Standpunkt. An Russen-Feindschaft mangelt es in den meisten europäischen Staaten wahrlich nicht. Trotzdem führt diese geteilte Feindschaft gegen Russland nicht automatisch zu einem kriegsfähigen, schlagkräftigen EU-Bündnis nach NATO-Muster, sondern wirft die Frage nach der Entscheidungsgewalt über Krieg und Frieden auf. Mit der geteilten Feindschaft ist noch nicht ausgemacht, wer darüber entscheidet, wann die Bedrohungslage welche Maßnahme notwendig macht, wer im Kriegsfall welche Rolle zu spielen hat und wer sich welcher Oberhoheit im Kriegsfall unterstellt. Darum geht dann der Streit und deswegen ist die Unverbrüchlichkeit des Bündnisses gar nicht sichergestellt. Das war in der NATO anders.

— *Das Argument „konkurrierende Nationalstaaten“ reicht also nicht, wenn man den Haken an diesem Bündnis bestimmen will. Konkurrierende Nationalstaaten waren die Europäer auch in der NATO. Der Vergleich mit der NATO auf S. 6 oben will sagen, dass der „Koalition der Willigen“ das Entscheidende fehlt, nämlich ein unbedingter und unwiderruflicher Sachzwang, sich in dieses Kriegsbündnis einzuordnen und sich einer Macht unterzuordnen, die ansagt, wann, was, wie zu tun ist. Das haben die USA mit der NATO geschaffen dadurch, dass sie die europäischen Staaten gleich nach Ende des Zweiten Weltkriegs vor den Kalten Krieg mit einer Sowjetunion gestellt haben, der sie jeweils einzeln nicht gewachsen waren. Dieser Sachzwang zur Unterordnung unter ein gemeinsames Kommando, unter einen Willen, der bestimmt, fehlt den Europäern. Das sagt der Begriff „Koalition der Willigen“ selber aus.*

\*

— *Wieso ist das Verhältnis in der früheren NATO, das Dekretieren der USA gegenüber den Bündnispartnern, ein Sachzwang? Im Unterschied zu den Europäern gab es in der NATO eben das Dekret der überlegenen Gewalt, die über die Rolle der einzelnen Mitgliedsstaaten bestimmt hat. Wenn es diese überlegene Macht, damit also den Grund für die Unterordnung, nicht gibt, ist das Bestimmende die Konkurrenz, vor der Europa jetzt steht.*

— *Es ging um die Stelle S. 5 unten, wo es heißt: „Die gemeinsame Feindschaft gegen ein bedrohliches, keineswegs nur in der Ukraine, sondern ganz grundsätzlich mit europäischen Machtinteressen unvereinbares Russland soll die souveränen Koalitionäre nämlich wie durch einen Sachzwang unbedingt und unwiderruflich zusammenschließen: wie für einen wirklichen Bündniskrieg ...“. Insofern: damals waren sie gezwungenermaßen dabei, heute soll ihre Russenfeindschaft wie ein Sachzwang zum Bündnis wirken.*

— *Es heißt eben „wie durch einen Sachzwang“, den es aber nicht gibt. Es ist ihr gemeinsamer Wille zur Feindschaft gegen Russland, der so wirken soll, als wäre er ein Sachzwang.*

Es braucht aber so etwas wie einen Sachzwang und im Ost-West-Konflikt gab es das als Oberkommando der USA. „Sachzwang“ ist keine Auskunft darüber, wie die NATO früher funktioniert hat, sondern darüber, dass es für ein aktionsfähiges Kriegsbündnis ein einheitliches Kommando braucht, das all das vorher Ausgeführte leistet. In den früheren NATO-Zeiten hat das die Überlegenheit der amerikanischen Militärmacht als Führungsmacht bewerkstelligt. Diese Leistung wollen jetzt die Koalitionäre mit ihrer „Koalition der Willigen“ auf die Beine stellen. Der Haken daran ist, dass es diese eindeutig installierte Führungsmacht in der EU nicht gibt und deswegen die Souveränität der Mitglieder ein Kontrapunkt zum gemeinsamen Anliegen ist.

— Ich habe das so verstanden, dass in der NATO ein Sachzwang existiert hat für die Unterordnung unter die Führungsmacht Amerika, weil sie als NATO-Mitglieder ihr Überleben als Souveräne im Ost-West-Konflikt überhaupt nur mittels der Führungsmacht Amerika sicherstellen konnten. Insofern war das in diesem Gegensatz zur übermächtigen Sowjetunion eine sachliche Notwendigkeit.

Die Wahrheit dieses Sachzwangs war natürlich schon das Kommando der überlegenen Macht Amerikas. Es galt das Doppelte: Dass einerseits das festgeschweißte NATO-Bündnis von der militärischen Überlegenheit der atomaren Potenzen der USA gelebt hat, andererseits diese militärische Überlegenheit für die europäischen Staaten der gute Grund war, sich den USA unterzuordnen, weil sie darin ihr Mittel sahen und überhaupt nur dadurch eine Front gegen Russland aufmachen konnten.

— Die „Koalition der Willigen“ schlägt sich mit einem Widerspruch herum, beziehungsweise mit dem, was sich als Haken daran geltend macht: Wenn sie die NATO am Funktionieren halten wollen, darin als einheitliches militärisches Subjekt auftreten, und wenn ihnen zugleich dieses einheitsstiftende Moment einer Übermacht im Bündnis abgeht, dann müssen sie als Willige die Einheit sein. Es ist aber nicht nur so, dass die Europäer, anstatt einheitlich zu agieren, wie immer darum schwächeln, wer welchen Beitrag leisten soll und Kooperationen so kaum zustande kommen. Die Europäer gehen mit diesem Widerspruch um: Die Koalitionäre ziehen daraus den Schluss, dass ihr Widerspruch bzw. dieser Haken auf keinen Fall eine Absage an den Ukraine-Krieg, an die Feindschaft gegen Russland und an das Aufrechterhalten ihrer Friedensordnung sein darf, also muss nach vorne weisend die Einheit gestiftet werden. Sie erschaffen sich ihren „Sachzwang“, den sie nicht haben, indem sie den Krieg bereits führen, den sie für nötig halten. Damit schaffen sie wiederum Tatsachen, die die EU-Mitgliedsstaaten dann in ein Bündnis zwingen. Sie führen einen Gründungskrieg für ihren Suprastaat, den sie unbedingt brauchen, damit sie Russland bekämpfen können. So verstehe ich: Sie wollen „aus der doppelten Not die Tugend eines Kriegs zur Gründung eines Quasi-Suprastaats“ (S. 7, 1c)) machen. Das ist viel härter als zu sagen: Wie immer in Europa kommen sie vor lauter Widersprüchen nicht voran und wursteln sich irgendwie durch.

Das trifft es. Denn zur Fortführung des Krieges in der Ukraine gegen Russland müssen die Europäer, als Ersatz der entfallenen Unterstützung durch die USA, ihre eigenen militärischen Potenzen in völlig neuer Größenordnung aufrüsten. Zudem müssen sie, um den von ihnen beanspruchten weltpolitischen Status aufrechtzuerhalten, ein der NATO ebenbürtiges, handlungs- und leistungsfähiges Militärbündnis schaffen. Der Haken dabei war jetzt Thema. Die Bewältigung dieser Aufgabe ist aber eine absolute Notwendigkeit für den weltpolitischen Status, den Europa bisher in der Welt hat: Will es weiter ein Staatenkollektiv sein, das überall in der Welt mit seinen Ansprüchen auftritt und dem Rest der Welt Vorgaben macht, muss das unbedingt gelingen. Der bisherige Status ist doppelt bedroht, durch Trumps Politik und die mit dem Ukraine-Krieg wahrgemachte Kampfansage der Russen.

— Das begründet die Dringlichkeit und den Willen, die Sache nicht an ihrem eigenen Widerspruch scheitern zu lassen. Der Krieg wird ihr Mittel, den Zusammenschluss voranzutreiben. Er ersetzt praktisch die Führungsmacht. Durch das Weiterführen und Eskalieren des Krieges schaffen sie den Zwang, sich auf militärischer Ebene immer stärker zu vereinen. Der Krieg setzt die europäische Konkurrenz insofern ein Stück weit aus.

\*

Das beginnt schon mit der Diplomatie den USA gegenüber: Mindestens fünf europäische Staatsführer kommen ins Weiße Haus, um ihren einheitlichen Willen unter Beweis zu stellen. Zur Verteidigung ihres weltpolitischen Status müssen sie die militärische Potenz aufbringen, die Bedrohung durch Russland zurückzuweisen. Und sie müssen den einheitlichen Willen dafür herbeiorganisieren. Zunächst ist ihr Wille darauf gerichtet, zu verhindern, dass der Friedensplan Trumps zustande kommt. Das ist im zweiten Punkt des Artikels ausgeführt (S. 7).

- *Selenskyjs Demütigung hat so viel Aufregung verursacht, weil er die Galionsfigur der Europäer im Kampf gegen Russland ist. Deshalb sind europäische Staatschefs zu Trump gereist, um die Unterstützung durch die USA aufrechtzuerhalten.*
- *Der europäische Kredit verhindert den Zusammenbruch der Ukraine und bestärkt Selenskyj darin, seine Forderung nach territorialer Souveränität über den Donbass bis hin zur Krim aufrechtzuerhalten. Das konterkariert Trumps Plan, den Krieg auf Kosten der Ukraine zu beenden.*
- Einerseits erhalten die Europäer mit ihrer Unterstützung die Kriegsfähigkeit der Ukraine aufrecht, andererseits müssen sie sich mit Trumps Friedensplan auseinandersetzen.
- *Der Friedensplan konzidiert Russland seine Kriegserfolge. Sie sollen zur Grundlage eines Friedens werden. Das lehnen die Europäer strikt ab und wollen den Plan zu Fall bringen.*
- Inhalt der ersten Fassung von Trumps Friedenslösung war, dass Russland das eroberte Territorium behalten darf. Zugleich muss die Ukraine auf eine NATO-Mitgliedschaft verzichten und eine Begrenzung ihres Militärs hinnehmen. Dagegen sind die Europäer Sturm gelaufen, weil das ihr Kriegsziel, die Ukraine als NATO-Vorposten gegen Russland zu etablieren, erledigt hätte. Das haben sie mit der Forderung nach Sicherheitsgarantien, sprich Stationierung von NATO-Truppen in der Ukraine gegen Russland, konterkariert. Für Russland ist das inakzeptabel. Das Vorrücken von westlichen Truppen in der Ukraine war ja gerade ihr Kriegsgrund.
- *Hat sich Russland überhaupt auf die Europäer bezogen? Diese waren gar nicht in Friedensverhandlungen einbezogen. Sie haben zwar mit Krediten das Überleben der Ukraine gesichert, hatten in den Verhandlungen aber nichts zu sagen.*
- Die Europäer beziehen sich erst einmal positiv auf Trumps Friedensplan und nutzen dessen Friedenswillen. In dieser diplomatischen Weise versuchen sie, Trump von ihren Friedensvorstellungen zu überzeugen. Anfangs haben sie noch darauf bestanden, dass Russland vollständig abziehen muss. Das mussten sie relativieren und sprechen daher jetzt von Sicherheitsgarantien, die mit Truppen abgesichert werden müssen, was in der Sache allerdings immer noch ein Vorrücken der NATO darstellt.
- *Das stellen sie als ihren Beitrag zu dem Friedensprozess dar, den Trump haben wollte. Aber Trump hat doch gerade versucht, die Europäer außen vor zu lassen. Was nicht geht, weil die durchaus über Potenzen verfügen, den Krieg weiterlaufen zu lassen, z.B. mit den Kriegskrediten.*
- Das passt so zusammen, dass sie einerseits dafür sorgen, dass der Krieg weitergeht. Andererseits bringen sich die Europäer diplomatisch ins Spiel, indem sie an den Friedenswillen von Trump anknüpfen und Vorschläge unterbreiten, die Russland kategorisch ablehnt. So haben sie sich ins Spiel gebracht, wobei klar war, dass sie mit ihrem Vorstoß, die Sicherheitsgarantien zu übernehmen und NATO-Truppen in der Ukraine zu stationieren, am Widerstand Russlands scheitern.
- *Wie kam es, dass die Europäer schließlich doch mitgeredet haben über den Friedensplan, der dann auch geändert wurde? Vorher hieß es doch, sie säßen am Katzentisch und würden überhaupt nicht gefragt. Dann gab es das Treffen und Verhandlungen zwischen den Europäern und den USA.*
- Weil die Europäer beides betrieben haben: Einerseits unterstützen sie die Ukraine weiter, andererseits sind sie nach Washington gereist und haben Trump weisgemacht, dass seine Friedenslösung am Unwillen von Russland scheitern würde. Auf diese Art und Weise sind dann immer neue Verhandlungen und neue Vorschläge und Pläne in die Welt gekommen.
- *Das war diese berechnende Diplomatie, der Friedensinitiative von Trump opportunistisch erst mal zuzustimmen.*
- Es war opportunistisch und zugleich diplomatisch bzw. berechnend, weil sie Forderungen eingebracht haben, die von vornherein keine Zustimmung Russlands finden werden.

310 In dem diplomatischen Ringen rühmen sich die europäischen Führungsmächte einmal damit, dass es ihnen gelungen sei, Trump auf ihre Seite zu ziehen; ihm z.B. Sicherheitsgarantien für die Ukraine abgerungen zu haben. Dann geben sie sich wieder enttäuscht und titulieren Trump als Vasall Putins. Für die Europäer kommt es wesentlich darauf an, ihre „Koalition der Willigen“ zu einem *kriegsfähigen* Bündnis gegen Russland zu etablieren, um ihren Anspruch auf die Ukraine als militärischen Vorposten der europäischen Abteilung der NATO  
315 gegen Russland unter diesen neuen Bedingungen voranzutreiben.

— *Europa stellt fest, dass es an Schranken stößt. Die Konsequenzen daraus formuliert Macron deutlich: Es kommt darauf an, dass Europa in eine ‚neue Ära‘ vorstößt, sich von seinem Vasallentum gegenüber den USA emanzipiert und dafür muss es eine kriegsfähige Militärmacht werden.*

320 \*

— *Dafür bauen sie auf einen weiteren Weg: Mit Angeboten und Erpressungen gegenüber der Staatenwelt werben sie für eine Fortsetzung der „regelbasierten Weltordnung“. Für ihr Projekt, diese Militärmacht zu werden, brauchen sie die Staaten außerhalb Europas, z.B. dafür, dass diese die Wirtschaftssanktionen Europas gegen Russland mittragen.*

325 Der europäische Anspruch beschränkt sich ja nicht auf Europa. Es geht ihnen um die Verteidigung ihres imperialistischen Status *in der Welt*. Darum geht es im dritten Punkt (S. 10).

— *Das Werben für eine „regelbasierte Weltordnung“ ist in Wahrheit die Fortsetzung ihres Kampfes gegen Russland. Präsentiert wird das als weltweiter Kampf um eine liberale völkerrechtlich legitimierte Ordnung gegen die Willkür autokratischer Regime. Nicht die „Macht des Stärkeren“, sondern die „Macht des Rechts“ solle weltweit gelten. Dabei setzen sie gezielt auf die Betroffenheit der Staaten durch Trumps MAGA-Politik, um diese für sich zu funktionalisieren.*

330 — *Die „Koalition der Willigen“ stellt ja explizit keine Absage an die NATO dar. Sie wollen diese vielmehr durch eigenständige verstärkte Anstrengungen funktionsfähig halten und Trump auf diese Weise im Boot behalten. Das sollen ihre militärische Aufrüstung und die Übernahme zusätzlicher finanzieller Lasten leisten. So umwerben sie Trump. Wenn sie nun aber international als Weltordner alternativ zu Amerika auftreten, ist das nicht doch eine Absage an Amerika?*

340 Die Europäer mussten Trumps Absage an die NATO zur Kenntnis nehmen, insofern sind ihre jetzigen Anstrengungen nicht als Verteidigung der *alten* Verhältnisse im Sinne von „die NATO funktionsfähig halten“ zu fassen. Sie wollen einerseits die Kooperation mit den USA aufrechterhalten, also mit deren militärischer Rückendeckung in der Welt agieren können – und zugleich unabhängig von den USA als potente Militärmacht autonom ihre Interessen durchsetzen können. Dafür begeben sie sich auf die Suche nach Bündnispartnern weltweit –  
345 alles im Namen einer schönen regelbasierten Weltordnung. Diese Staaten sollen sich dem europäischen Kriegsprogramm *anschließen* und *unterordnen*, beispielsweise durch ihre Beteiligung an weiteren antirussischen Wirtschaftssanktionen oder indem sie Truppenkontingente für „robuste Sicherheitsgarantien“ in der Ukraine bei einem Waffenstillstand stellen.

350 — *Festzuhalten ist, dass in dieser Agitation der Europäer das Trumpsche Amerika als Feindbild aufgebaut wird, das für das Recht des Stärkeren gegen eine vernünftige Regelbasiiertheit zum Nutzen aller Staaten auf der Welt steht.*

— *Die Suche nach Bündnispartnern enthält den Widerspruch, dass sich die bisherigen Verbündeten Amerikas nun Europa zuordnen sollen. Wieso sollten diese Staaten sich einer neuen Führungsmacht unterordnen wollen?*

355 — *Geworben wird mit diversen Schädigungen, die sie z.B. durch Trumps Zollpolitik erfahren, vor denen sie geschützt werden sollen, indem wieder verlässliche Handelspolitik betrieben wird, für die sich Europa stark macht. So sollen sie gewonnen werden. Am Beispiel Brasiliens oder Indiens sieht man, dass diese Berechnungen nicht aufgehen.*

— *Die rein negative Gemeinsamkeit, dass alle Staaten von Trumps Politik betroffen und*

360 *alle unzufrieden damit sind, stellt eben noch nicht eine positive Gemeinsamkeit für das Mit-*  
*machen an der Niederringung Russlands dar. Zumal diese Staaten teilweise sowohl ökonomische als auch militärische Partnerschaften mit Russland betreiben, auf die sie nicht ver-*  
*zichten wollen. Brasilien stellt sich ja explizit auch als Gegner des Ukraine-Kriegs auf und beschimpft die Europäer als Kriegstreiber.*

365 — *Darüber hinaus sind Brasilien und Indien Mitglieder der BRICS, einer Organisation, die sich gegen die bisherige westliche „unipolare Weltordnung“ richtet, zu der sie auch Europa zählen.*

Am Beispiel Brasiliens wird deutlich, dass die Unterstützungsversuche der Europäer für eine  
„regelbasierte Weltordnung“, deren Charakter wesentlich in ihrer *antirussischen Ausrichtung*  
370 *besteht*, bei den angesprochenen Staaten auf eigene nationale Berechnungen in Hinblick auf ihre Beziehungen zu Russland stoßen, seien sie nun wirtschaftspolitischer oder militärischer Natur. Brasilien lässt sich daher nicht für die antirussische Agenda der „Koalition der Willigen“ einspannen. Der Widerspruch besteht darin, dass Brasilien oder auch Indien gerade wegen ihrer potenten weltpolitischen Statur als potenzielle Unterstützer ins Visier der  
375 Europäer kommen, und dass gerade diese Statur Brasiliens und Indiens umgekehrt eine Schranke für den Zugriff der Europäer auf diese Staaten darstellt. Entsprechende Stellungnahmen handeln sich die Europäer dann ein.

\*

Der nächste Termin findet am **9. Februar 2026** statt. Weiter geht es mit der Besprechung des  
380 Artikels **Europa im hybriden Krieg für einen emanzipierten Imperialismus** im GS 4-25 ab 3c).